Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003990/2025
an die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
Artikel 144 der Geschäftsordnung
António Tânger Corrêa (PfE), Tiago Moreira de Sá (PfE), Volker Schnurrbusch (ESN), Dominik Tarczyński (ECR), Hermann Tertsch (PfE), Jorge Buxadé Villalba (PfE), Carlo Fidanza (ECR), Juan Carlos Girauta Vidal (PfE), Petr Bystron (ESN), Fernand Kartheiser (NI), Christophe Bay (PfE), Geadis Geadi (ECR), Jorge Martín Frías (PfE)

Betrifft: Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit und politische Verfolgung in Brasilien

Brasilien befindet sich derzeit in einer schweren demokratischen Krise. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die Gewaltenteilung ausgehöhlt wird und die Judikative ihre Vormachtstellung gegenüber repräsentativen Institutionen missbräuchlich ausnützt. Die Zahl der willkürlichen Gerichtsverfahren gegen politische Gegner hat sich vervielfacht, wobei keine Mindestgarantien im Hinblick auf die Verteidigung und ein faires Verfahren beachtet werden sowie gleichzeitig Zensur und Einschüchterung von Kritikern zum Einsatz kommen.

Diese Situation birgt die Gefahr, dass sich ein System der politischen Verfolgung und die Abschaffung von Grundfreiheiten verfestigen.

1. Ist die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HR/VP) der Auffassung, dass die derzeitige Rolle des Justizsystems als politisches Instrument in Brasilien die internationale Glaubwürdigkeit des Landes untergräbt und dass die EU ihre bilaterale Zusammenarbeit und ihren bilateralen Dialog entsprechend gestalten sollte?

2. Welche Instrumente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – nämlich diplomatische Demarchen, öffentliche Erklärungen, gezielte Maßnahmen und Unterstützung der Zivilgesellschaft – beabsichtigt die HR/VP als Reaktion auf diese Gegebenheiten einzusetzen?

3. Ist die HR/VP bereit, den Umfang der Zusammenarbeit zwischen der EU und Brasilien von konkreten Verbesserungen bei der Achtung von demokratischen Grundsätzen und der Rechtsstaatlichkeit durch Brasilien abhängig zu machen?

Unterstützer[1]

Eingang: 10.10.2025

[1] Diese Anfrage wird von einem Mitglied unterstützt, das nicht mit den Verfassern bzw. Verfasserinnen identisch ist: Markus Buchheit (ESN)